

äblen Lage Unterstützung angebeihen lassen soll. Kade hat auch thatsächlich schon Unterstützung bekommen, man hat ihn nicht mittellos gelassen.

Auer giebt für den Vorstand die Erklärung ab, daß der Letzte Wunsch der Kommission thatsächlich schon bisher in allen derartigen Fällen im Vorstand eine Stütze gefunden hat. Der Vorstand hat sich stets von gutem, nicht von verstocktem Herzen leiten lassen. Auch Kade hat vom Parteivorstand eine Unterstützung erhalten, als er in seiner Nothlage sich an uns wandte. Aber gewisse Grenzen müssen innegehalten werden. Wenn Fälle vorliegen, wo nach der Ueberzeugung des Vorstandes die Betreffenden es förmlich darauf abgesehen haben, gegen unsern Rath, gegen unsere Vorschläge sich zu Märrtyern machen zu lassen, um damit Anspruch an die Unterstützungskasse zu gewinnen, dann dürfe das gute Herz nicht mehr entscheiden. Kade set immer und immer wieder ermahnt worden, sich zurückzuhalten, sich nicht ins Unglück zu stürzen, die Partei könne ihm die Existenz nicht garantiren, wenn er sich unvorsichtig selbst ruinire. Ueber alle Warnungen habe sich Kade hinweggesetzt und sich mit voller Absicht selbst in seine gegenwärtige Situation gebracht. Solches Treiben dürfe nicht unterstützt werden.

Der Vorschlag der Kommission, die Beschwerde als ungerechtfertigt zurückzuweisen, wird mit großer Mehrheit angenommen. Auf Vorschlag des Vorsitzenden tritt eine halbstündige Pause ein.

Um 12 1/2 Uhr wird die Sitzung wieder eröffnet. Die Vorschlagsliste zur Wahl der Parteileitung gelangt zur Vertheilung. Vor Eintritt in die Wahl wird zunächst nach § 10 der Organisation darüber entschieden, an welchem Orte die Parteileitung ihren Sitz zu nehmen hat. Ohne Widerspruch wird Berlin gewählt.

Es geht ein genügend unterstützter Antrag ein, daß Gehalt der Schriftführer auf 300 Mark pro Monat festzusetzen.

Mollenbuhr: Berlin ist zumal bei den hohen Miethspreisen einer der theuersten Orte in Deutschland. Wir müssen aber unsere beiden vollaus beschäftigten Parteisekretäre so besolden, daß sie nicht darauf angewiesen sind, sich noch durch Nebenbeschäftigungen, durch Schreiben für die Parteipresse etwas hinzuzuverdienen, zumal seit Halle die Arbeit auf dem Parteisekretariat sehr erheblich zugenommen hat. 250 Mark genügen nicht mehr. Nehmen Sie unseren Antrag an!

Nach wiederholter Abstimmung bleibt das Resultat unentschieden. Unter diesen Umständen zieht Mollenbuhr den Antrag zurück.

Der Parteitag wendet sich nunmehr zu Punkt 9:

K

Das allgemeine Wahlrecht und die Wahlrechte zu den Landtagen.

Hierzu stehen zur Berathung die Anträge 69 und 70. Ferner legt der Berichterstatter Bebel dem Parteitage folgende beiden Resolutionen vor:

1.

In Erwägung, daß das Dreiklassenwahlsystem in Preußen, das nach dem eigenen Ausdruck Bismarck's das elendste aller Wahlssysteme ist, der Sozialdemokratie es unmöglich macht, sich mit Aussicht auf Erfolg an den Wahlen zum preussischen Landtag selbständig zu betheiligen;

in fernerer Erwägung, daß es den bisher beobachteten Grundsätzen der Partei bei Wahlen widerspricht, sich in Kompromisse mit feindlichen Parteien einzulassen, weil diese notwendigerweise zur Demoralisation und zu Streit und Zwietracht in den eigenen Reihen führen müssen,

erklärt der Parteitag:

es ist Pflicht der Parteigenossen in Preußen, sich jeder Betheiligung an den Landtagswahlen unter dem jetzt bestehenden Wahlsystem zu enthalten.

Der Parteitag beschließt ferner:

in Erwägung, daß die Wahlssysteme in den Einzelstaaten eine wahre Musterkarte reaktionärer Wahlgeseze bilden, daß insbesondere der plutokratische Charakter des Dreiklassenwahlsystems in Preußen es der Arbeiterklasse unmöglich macht, eigene Vertreter in den Landtag zu senden,

fordert der Parteitag die Parteigenossen auf, in allen Einzelstaaten eine umfassende und energische Agitation für die Einführung des allgemeinen gleichen, geheimen und direkten Wahlrechts für die Landtage im Sinne unserer Programmforderung in Angriff zu nehmen.

2.

Der Parteitag spricht den Parteigenossen in Belgien und Oesterreich seine vollste Anerkennung aus für die Tapferkeit, Opferwilligkeit und Ausdauer, mit der sie unter den schwierigsten Verhältnissen, wie diese insbesondere die Genossen Oesterreichs zu überwinden hatten, den Kampf für das allgemeine gleiche, direkte und geheime Wahlrecht aufgenommen haben, und beglückwünscht sie zu den großartigen Erfolgen, die sie gegenüber den gemeinsamen Gegnern der Arbeiterklasse errungen haben.

Referent Bebel: Die vorliegende Frage ist seit einiger Zeit Gegenstand der Erörterung in der Parteipresse gewesen. Dabei ist auch die Frage aufgetaucht, ob die Genossen überhaupt bei einer Landtagswahl sich betheiligen sollen. Ich bin über die Stellung dieser letzten Frage einigermaßen überrascht gewesen. Die Frage

K

ist seit 15 Jahren keine Frage mehr, nachdem die Genossen seit dieser Zeit sich an den Landtagswahlen in den einzelnen Bundesstaaten beteiligen. Und wenn man die wichtigen Materien überblickt deren Regelung trotz der Reichsgesetzgebung dem preussischen Landtage wie den Landtagen überhaupt noch immer obliegt, so kann auch im Prinzip über die Nothwendigkeit der Beteiligung kein Zweifel sein. Eine Reihe der wichtigsten Gesetzgebungsmaterien, wie Schulwesen, Kirchenwesen, die ganze Staatsverwaltung, Polizei, Gerichtswesen, untersteht der Kontrolle und Gesetzgebung des Landtages. Wie oft haben wir es nicht bitter empfunden, daß die Klassenjustiz, wie sie in gewissen richterlichen Urtheilen zum Ausdruck kam, nicht im Reichstage besprochen werden konnte; ebensowenig konnte die Polizeiwillkür, namentlich auf dem Gebiete der Handhabung und Auslegung der Vereinsgesetze, dort öffentlich zur Sprache kommen, weil beides vor die Landtage gehört! Ferner ist dem Landtag unterstellt das ausgedehnte Gebiet des Eisenbahnwesens mit den Hunderttausenden dabei beschäftigten Beamten und Arbeitern. Die öffentliche Beschaffung der neuesten Vorgänge in der preussischen Eisenbahnverwaltung, das gar nicht scharf genug zu verurtheilende Sparsystem des Eisenbahnministers Thielen ist von einer großen Zahl von Unterbeamten und Arbeitern mündlich und schriftlich bei mir und anderen von uns zu erörtern angeregt worden. Wir mußten diese Anregungen ablehnen, weil diese Dinge eben im Reichstage nicht erörtert werden können, sondern nur im preussischen Landtage. Es gehören hierher ferner die Domänen- und Forstverwaltung, das Bergwesen, die äußerst wichtige Gesetzgebung über die Gemeinde- und Provinzialverwaltung, die eigentliche Agrargesetzgebung, das Gebiet der direkten Steuern, das Gefängniswesen u. s. w. Alle diese Gebiete sind noch heute der Einzelstaatsgesetzgebung unterworfen; wenn aber irgend eine Landtagstribüne noch eine Resonanz im Volke findet, so ist es sicher die preussische. (Sehr richtig!) Die Frage ist also nicht, ob wir uns an den Landtagswahlen beteiligen sollen, sondern ob wir uns an denselben beteiligen können. (Sehr richtig!) Haben wir uns bisher in Preußen an ihnen nicht beteiligt, so geschah es nur deshalb, weil wir uns bemüht waren, daß wir aus eigenen Kräften in den Landtag keine Abgeordnete senden können. Würde bei der Landtagswahl wie bei den Gemeindevahlen jede Wählerklasse ihre besonderen Vertreter wählen, dann würden wir zweifellos mit dem größten Erfolge uns auch an den preussischen Landtagswahlen beteiligen haben. Wir hätten dann sicher einige Duzend Vertreter in den Landtag bekommen, genau so wie wir in die Berliner Gemeindeverwaltung Vertreter bekommen haben. Für die Landtagswahlen besteht ihre Einrichtung nicht. Die 3 Klassen wählen zwar gesondert ihre Wahlmänner, aber die Wahlmänner wählen gemeinsam die Abgeordneten. Die dritte Wählerklasse, wenn

K

auch an Zahl den anderen beiden Klassen weit überlegen, kann der geschlossenen Phalanx der ersten und zweiten Klasse gegenüber, welche der Bourgeoisie angehören, nichts ausrichten, auch wenn sie einmüthig diesen gegenübertritt.

Nun ist im Verlauf der Erörterung in der Parteipresse die Frage angeregt worden, ob nicht trotzdem es angezeigt wäre, sich an den Wahlen zu beteiligen. Diejenigen, die die Frage anregten, waren zwar auch der Meinung, daß es aus eigener Kraft uns nicht gelingen werde, ein Resultat zu erzielen, aber man müsse die Zersplitterung der Gegner benutzen und die uns am nächsten stehende Partei, die Freisinnigen, auf dem Wege des Kompromisses zwingen, der Arbeiterklasse eine Anzahl Mandate abzutreten, wofür die Freisinnigen unsere Stimmen erhalten sollten. Ich gebe auf diese Vorschläge nicht näher ein; sie stellen ein außerordentlich gewagtes Experiment dar, das in den weitesten Kreisen der Genossen sehr wenig Anklang gefunden hat. (Lebhafte Zustimmung.) Und das mit Recht! Die Wahl, d. h. die Stimmabgabe, ist eine öffentliche. Der Wähler muß aber nicht nur öffentlich an der Wahlurne erklären, wem er seine Stimme giebt, sondern er muß auch zur bestimmten Stunde im Wahllokal erscheinen und vom Beginn bis zum Ende der Wahlhandlung persönlich anwesend sein. Dadurch geht für den Arbeiter unter Umständen ein ganzer Tag verloren. Die öffentliche Stimmabgabe setzt außerdem unzweifelhaft die Arbeiter in Menge der Maßregelung aus, wenn sie z. B. einem sozialdemokratischen Kandidaten öffentlich ihre Stimme geben. Die Nachsicht der Gegner würde hier ihre Organe feiern. (Sehr richtig!) So lange wir uns nicht beteiligten, trat bei den Landtagswahlen eine ungemaine Laubheit der Wähler hervor; nur ein unbedeutender Bruchtheil derselben beteiligte sich bisher an diesen Wahlen. In den heftigsten Konfliktzeiten, zu Anfang der sechziger Jahre, waren es nicht mehr als 30—33 pCt., und zwar weil auch damals schon namentlich die Arbeiter sich von der Wahl fernhielten. Treten nun die Arbeiter als geschlossene Partei in den Wahlkampf ein, dann erst giebt es einen Wahlkampf, aber dann suchen auch die Gegner mit ihren Machtmitteln die Arbeiter niederzuschlagen, und die Folge ist ihre Maßregelung im Großen. (Sehr richtig!) Es haben sich nun Stimmen erhoben, die auf die Unterstützung der freisinnigen und sonstigen fortschrittlichen Parteien hinwiesen, die für die Sozialdemokratie nicht ausbleiben werde. Wer nach dem Ausfall der letzten Reichstagswahlen noch glaubt, daß freisinnige Wähler sogar öffentlich ihre Stimme für einen Sozialdemokraten abgeben, der verkennt ganz und gar die Natur unseres liberalen Bürgertums. (Sehr wahr!) Fordere das z. B. Eugen Richter von seinen Anhängern, sie würden ihn in hellen Haufen verlassen! (Lebhafte Zustimmung.) Ein großer Theil selbst derjenigen

K

Liberalen, die so klug und einsichtig wären, sich zu sagen, es schadet uns nichts, wenn ein paar Sozialdemokraten in den Landtag kommen, wenn wir freisinnige dadurch gewinnen, könnten öffentlich ihre Stimme uns nicht geben, weil die gesellschaftliche Maßregelung auch ihnen auf dem Fuße folgte. Nur die Sozialdemokratie bringt für solche Zwecke Opfer, aber keine der gegnerischen Parteien. Keine unternimmt es, für ihre Feinde, aus reinen Zweckmäßigkeitsgründen, einzutreten, auf die Gefahr hin, gesellschaftlich oder gesellschaftlich geschädigt zu werden. Wenn z. B. freisinnige Wahlmänner durch Kompromiß mit uns sich verpflichtet hätten, für einen Sozialdemokraten zu stimmen, wie viele würden wohl wagen, das öffentlich zu thun? Gesezt aber den Fall, die Führer der Parteien verständigten sich über ein solches Kompromiß, wenn aber dann die Anhänger unserer Gegner im Widerspruch zu ihren Führern, wie vorauszusehen, Verrath an uns übten, welcher Zank und Streit, welche gegenseitigen Anklagen würden in unseren eigenen Reihen ausbrechen. (Sehr wahr!) Wir würden Spaltung und Zerwürfnisse in die Partei tragen, wie sie ähnlich aus anderen Gründen kaum denkbar sind. Ferner sprechen gegen die Beteiligung an der Wahl die verschiedenen anderen Gründe, die in der Presse verlaublich sind und darthun, warum wir uns in Kompromisse nicht einlassen können noch wollen. Bei einer Stichwahl zum Reichstage wählen wir bei geheimer Wahl aus Noth, nicht gehorchend dem eigenen Erbe, das kleinere Uebel; hier aber wird uns ein Kompromiß im schlimmsten Sinne des Wortes zugemutet.

Ist nun das Dreiklassenwahlsystem in der That so beschaffen, daß kein Erfolg in Aussicht steht? Die Presse machte in der letzteren Zeit Mittheilungen über die Zusammensetzung der einzelnen Wähler-Klassen. Es stellte sich dabei heraus, daß, nachdem in Preußen das neue Einkommensteuer-Gesetz mit dem Deklarationszwang eingeführt ist, eine große Verschiebung der Einkommen eingetreten ist. Das wirkte mächtig auf die Verschiebung der Wähler-Klassen. So finden wir, daß fast überall von 1888 bis 1893 in der ersten und zweiten Wählerklasse die Wählerzahl bedeutend abgenommen hat; das Kapital stellt sich weit stärker und konzentriert heraus als erwartet wurde, dagegen ist die Zahl der Wähler der dritten Klasse natürlich um so mehr gestiegen. Doch ich will dieses Wahlssystem an einem Beispiel klar machen. Werden z. B. in einem bestimmten Landtagswahlkreis rund 1 000 000 Mark direkter Staatssteuern erhoben, so fallen auf jede Klasse 333 333 1/3 Mark. In der ersten Klasse wählen diejenigen, welche bis zu dieser Summe von 333 333 1/3 Mark steuern, das sind also die allerreichsten; und nach Umständen bestehen die Wähler der ersten Klasse nur aus einer sehr geringen Anzahl Personen. In die zweite Klasse

fallen die nächst Wohlhabenden, die ebenfalls 333 333 1/3 Mk. steuern, und alle übrigen Wähler, der große Haufe kommt in die unterste, die dritte Klasse. Wie riesig sich der Reichtum im 1. Berliner Wahlkreis gehäuft hat, beweist die Thatsache, daß selbst alle wohlhabenden Leute in die dritte Wählerklasse gekommen sind. Die Gebildeten, die Schriftsteller, die Gelehrten, die Professoren, die höheren Beamten, die Künstler zc., von denen gerade die Gegner des allgemeinen Stimmrechts mit Hinweis auf sie sagen, daß es Unrecht sei, sie mit dem „gemeinen“ Mann, dem „gewöhnlichen“ Arbeiter auf dieselbe Stufe zu stellen, sie wählen fast ausnahmslos in der dritten Klasse. Dagegen setzen sich die beiden anderen Klassen aus den Bourgeois ersten Ranges zusammen. Im 1. Berliner Wahlkreis waren 1888 2150, aber 1893 nur noch 1453 Wähler in der ersten Klasse. Das Einkommen ist also derart gestiegen, daß heute 1453 Wähler bereits ein Drittel des Steuersaßes bezahlen, wozu 1888 noch 2150 gehörten, und in Folge davon sanken 697 Wähler erster Klasse von damals in die zweite Klasse von heute. Aber auch in der zweiten Klasse war die Einkommensteigerung eine sehr bedeutende. In dieser Klasse waren im 1. Berliner Wahlkreis 1888 6756, jetzt 4972 Wähler, es sind also weniger 1784, dagegen stieg in der dritten Klasse die Zahl der Wähler von 55 172 im Jahre 1888 auf 61 647 im Jahre 1893, also um 6473. Dieselbe Erscheinung findet sich in fast allen Wahlkreisen. Entweder hat die Zahl der Wähler in der ersten und zweiten Klasse abgenommen oder sie ist nur sehr wenig gestiegen, während die dritte Wählerklasse, selbst im Vergleich zur Zunahme der Bevölkerung sich unverhältnismäßig vermehrt hat. Unter solchen Verhältnissen kann in vielen Wahlkreisen nicht einmal daran gedacht werden, daß wir selbst in der dritten Klasse eine Majorität der Wahlmänner bekommen. Andere Einrichtungen, die man bei der vorjährigen „Wahlreform“ getroffen hat, haben eine noch gründlichere und widerfinnigere Verschiebung der Wählerklassen herbeigeführt, wodurch der plutokratische Charakter des Wahlsystems in noch krasserer Weise zum Ausdruck kommt, sodaß sogar die eifrigsten Vertheidiger des jetzigen Systems einen gewissen Schrecken bekommen haben.

In der letzten Landtagsession ist der neu geordneten Einkommensteuer eine Vermögenssteuer hinzugefügt worden. Die Gewerbesteuer war reformirt worden. Aber auf diese letztere wie auf die Grund- und Gebäudesteuer und die Bergwerksabgaben, in Summa ca. 100 Millionen, verzichtete der Staat, beziehentlich sie wurden, wie die Bergwerksabgaben, außer Hebung gesezt. Mit anderen Worten, der preussische Staat verzichtete auf diese Steuereinnahmen wegen der Mehreinnahmen aus der Einkommen- und Vermögenssteuer. Die Einkommensteuer, die unter dem alten System nur einige zwanzig Millionen ergab, war nach dem neuen Gesez auf

80 Millionen berechnet; sie ergab wirklich ca. 124 Millionen. Dabei ist meiner Ueberzeugung nach lange nicht das ganze Einkommen getroffen, denn die reichen Leute können ohne Gefahr der Entdeckung noch große Einkommen den Augen der Steuerbehörden entziehen. Das wäre weniger möglich gewesen, wenn Herr Miquel's Plan, auch eine Erbschaftsteuer, gewissermaßen um eine Kontrolle zu haben, durchgegangen wäre. Man beschloß weiter, daß, obgleich der Staat die Gewerbe-, Grund- und Gebäudesteuern den Gemeinden überwies und die Bergwerksabgabe außer Zahlung setzte, diese Steuern nach wie vor für die Vertheilung des Wahlrechts zum Landtage in Anrechnung kommen, also als Maßstab für die Vertheilung der politischen Rechte benutzt werden sollten! (Hört! Hört!) Das ist eine so maßlose Ungerechtigkeit, daß nur ein Klassenparlament wie das heutige preussische es ist, sie gut heißen konnte. Man muß ferner beachten, daß es z. B. den Inhabern der erimirten Gütsbezirke — und es giebt deren in den preussischen Provinzen südlich der Elbe allein über 16 000 — garnicht einfällt, die ihnen erlassene Grund- und Gebäudesteuer etwa für Schul- und ähnliche Zwecke zu verwenden. Der Erlaß dieser Steuern bedeutet hier in der Hauptsache ein baares Geschenk.

Der an Wahnsinn grenzende Charakter dieses Wahlsystems, dessen Grundlage der Besitz ist, kommt ferner in einer, auch dem fanatischsten Anhänger abstoßenden Weise zum Ausdruck, in dem auf Antrag Quene gefaßten Beschluß, daß künftighin die Dreitheilung in die drei Wählerklassen nach der Steuer sich nicht mehr über den ganzen Wahlkreis erstrecken, sondern daß diese Eintheilung innerhalb jedes kleinen Urwahlbezirks, in die der Wahlkreis eingetheilt ist, stattfinden soll. Dadurch sind nun ganz ungeheuerliche Zustände zum Vorschein gekommen. So wählt z. B. in ein und demselben Wahlkreis der Eine in einem Bezirk in der dritten Klasse, wohingegen der Nachbar mit demselben Steuerfusse im Nachbarbezirk in der ersten Klasse wählt. (Hört!) Einige Beispiele mögen die Unvernunft dieses Wahlsystems erläutern. Im ersten Berliner Wahlkreise schließt die erste Wählerklasse im 59. Urwahlbezirk mit einem Steuerfuss von 73 150 Mark ab, im 57. Urwahlbezirk mit 47 900 Mark, im 58. mit 83 580 Mark, im 216. Urwahlbezirk genügen dagegen schon 159 Mark, um Wähler erster Klasse zu sein. (Hört! Hört!) Und im 212. Urwahlbezirk kommt man schon mit 118 Mark, im 156. Urwahlbezirk bereits mit 116 Mark in die erste Wählerklasse. (Hört! Hört!) In die zweite Wählerabtheilung gehört man im 7. Berliner Wahlkreis im 58. Urwahlbezirk von 10 560 Mark Steuer aufwärts an, im 98. mit 7400 Mk., im 42. mit 3704 Mk., dagegen genügen im 218. Urwahlbezirk schon 26 und im 214. gar schon 9 Mark, um Wähler der zweiten Klasse zu sein! (Heiterkeit.) Im dritten Berliner Wahlkreise schließt die erste Wählerklasse ab

in einem Bezirk mit 81 900, in einem andern mit 26 907, in einem dritten mit 20 500 Mark. Dagegen reichen in andern Urwahlbezirken desselben Wahlkreises schon 26 und 12 Mark Steuer für die erste Wählerklasse aus. (Hört! Hört!) Die Steuergrenzen in der zweiten Wähler-Abtheilung schwanken in diesem Wahlkreise in den einzelnen Wahlbezirken zwischen 3256 und 6 Mark Steuer. (Heiterkeit.) Bei einem solchen Wahlsystem erklärt es sich dann, daß z. B. zwei der Minister in der ersten, dagegen Herr Miquel, der viersache Millionär, nebst seinem Ministergehalt von 86 000 Mark, in der zweiten, der Reichskanzler Graf Caprivi dagegen neben seinem Portier und Hausdiener in der dritten Klasse wählt. (Heiterkeit.) In anderen Städten ergeben sich ähnliche Resultate. Von Köln, Düsseldorf, Elberfeld, Bochum, Dortmund u. s. w. gilt dasselbe wie von Berlin; überall ist eine bedeutende Abnahme der Wähler der ersten und zweiten Klasse vorhanden und eine sehr erhebliche Zunahme der Wähler dritter Klasse. In Köln ist z. B. die Zahl der Wähler der ersten Klasse in dem oben erwähnten Zeitraum von 686 auf 370, in Düsseldorf von 386 auf 149, in Bonn von 190 auf 85 heruntergegangen. In Bochum sind gegenwärtig 5 Personen Wähler der ersten Klasse, die für sich allein $\frac{1}{3}$ der Wahlmänner stellen. Die Baare und Genossen kommen hier als die entscheidenden Männer in Betracht. In Essen ist Herr Krupp alleiniger Wähler der ersten Klasse. (Hört! Hört!) Durch solche unglaubliche Erscheinungen wird auch für die herrschenden Klassen der Beweis geliefert, daß das jetzige Wahlssystem unhaltbar ist.

Aber es erscheint mir wichtig, darauf hinzuweisen, daß diese neueste Verschlechterung eines an und für sich schon erbärmlichen Wahlgesezes gerade unter dem Einfluß eines als liberal geltenden Ministers stattgefunden hat, nämlich des Herrn Miquel. Im Jahre 1867, unter dem Eindruck der eben stattgehabten Wahlen zum Norddeutschen Reichstag, erließ die Leitung der national-liberalen Partei einen Wahlauftrag für die preussischen Landtagswahlen, in dem es mit dürren Worten hieß: „Preußens Geschichte sind enger als jemals mit den Lebensbedingungen des deutschen Volksgesezes verknüpft; sie werden sich um so schleuniger und glorreicher erfüllen, je weiter und breiter die Theiligung aller Klassen herangezogen wird, das beschränkte Dreiklassenwahlsystem hat sich überlebt und der nächste Landtag wird zu prüfen haben, in welcher Weise und unter was für Voraussetzungen der Uebergang zum allgemeinen Stimmrecht zu bereiten ist.“ Unter diesem Auftrug stehen v. Bennigsen und Miquel. (Hört! Hört! Heiterkeit.)

Das hat damals derselbe Mann geschrieben, der heute mit die Hauptschuld trägt an der Aufrechterhaltung dieses elendesten aller Wahlssysteme, wie es schon 1867 Bismarck nannte. Herr

Miquel hat auch die erwähnte Grundsteuerreform, die den Agrariern so vortrefflich zu Gute kommt, eingeleitet und durchgeführt. Das sind seltsame Wandlungen eines „liberalen“ Ministers. Freilich Herr Miquel hat schon ganz andere Wandlungen durchgemacht, als die erwähnten. Er war, wie vielfach schon bekannt ist, vor einigen Jahrzehnten sogar Mitglied des Kommunistenbundes. (Seiterkeit.) Damals hat er in einer für die damaligen Verhältnisse überraschend klaren Weise sich über das Wesen der bürgerlichen Gesellschaft geäußert. Ich habe hier die Abschrift von 4 Briefen an Karl Marx in meinen Händen, und zwar aus den Jahren 1850 und 1851, ich will aber nur einen aus dem Sommer 1850 und auch den nicht vollständig vortragen, weil er am besten zeigt, welche außerordentliche Entwicklungsfähigkeit bei manchen Individuen möglich ist, nämlich — nach rechts! (Stürmische Heiterkeit.) Und wunderbar, bereits vorahnd scheint er gewußt zu haben, wie entwicklungsfähig er sei; denn er weist selbst ausdrücklich darauf hin; — damals glaubte er allerdings nach links. (Erneute Heiterkeit.) Der Brief beginnt damit, daß Herr Miquel auspricht: er empfinde das lebhafteste Bedürfnis mit Karl Marx in nähere Beziehungen zu treten, der ihm bisher fremd war, und lautet dann wörtlich:

„Es wäre nun freilich eine Dummheit, wollte ich verlangen, daß Sie mir gleich alles Vertrauen schenken. Damit Sie aber doch etwas von meiner Vergangenheit wissen, bemerke ich, daß ich mit Blind in G. (soll heißen Heidelberg) durch, dort vor der Revolution zu der „radikalen Partei“ gehörte, als solcher in der Revolution, wie alle anderen „Ideen“ versocht, nach Hannover geschickt wurde, um **Bauern-Aufstände** zu organisieren, von da an in Göttingen anfangs in kleinbürgerlichem Sinne die gelehrte, bürokratische und Philisterpartei aus dem Felde schlagen half und endlich eine Arbeiterpartei zu organisieren suchte. (Stürmische Heiterkeit.) Gerade war ich damit beschäftigt, als P. (Webel: ich nenne den Namen des Mannes nicht, der noch in Deutschland lebt) nach England ging. Ich gab ihm einen Brief an Blind mit, um durch diesen bei Ihnen zu sondiren, und so bin ich da. Spät zwar komme ich, aber ich komme doch. Sie sehen, meine Vergangenheit bietet wenig Garantien. (Stürmische Heiterkeit.) Es ist wahr, ich für mein Theil kann nichts weiter thun, als Sie versichern, daß Ihre Zwecke die meinigen sind (Hört, hört!) **Kommunist — und — Atteist, — will ich, wie Sie, die Diktatur der Arbeiterklasse!** (Hört, hört! Bewegung.) Meine Mittel wähle ich einzig und allein nach der Zweckmäßigkeit. (Erneute Bewegung.) Dadurch aber trenne ich mich von Ihnen, daß ich fest überzeugt bin: die nächste Revolution bringt das Kleinbürgertum aus Nider, die Arbeiterpartei wird den Sieg ersechten der hohen Bourgeoisie und den feudalen Resten gegenüber, dann aber von den Demokraten beiseite geschoben werden. Wir können

die Revolution auf einige Zeit vielleicht in eine antibürgerliche Richtung bringen, wir können vielleicht schon Grundbedingungen der bürgerlichen Produktion vernichten (Hört! hört! Bewegung), das Kleinbürgertum niedertreten ist unmöglich. So viel als möglich erringen, das ist mein Wunsch, und dadurch bin ich auf immer der Ihrige. (Stürmische Heiterkeit.) Wir müssen eine Organisation der Kleinbürger so lange als möglich nach dem ersten Sieg verhindern, namentlich mit geschlossener Phalanx gegen jede konstituierende Versammlung opponieren. Der partikuläre Terrorismus, die lokale Anarchie (Hört! hört!) müssen uns ersetzen, was uns im Großen abgeht. Klassenbewußtsein fehlt den meisten deutschen Arbeitern gänzlich, wir müssen den individuellen Haß, die Rachlust des Bauern gegen den Bucherer, die Erbitterung des Tagelöhners gegen den „Herrn“ ausbeuten. (Hört! hört! Sehr gut!) Wir müssen an allen einzelnen Stationen so rasch und eindringlich terrorisieren (hört!), daß wir den demokratischen Ausbeutern bei der Vollendung ihrer Organisation als vollkommen siegreiche Macht entgegentreten können, und diese Organisation muß so lange als möglich hinausgeschoben werden, damit in der Revolution sich das Klassenbewußtsein erst bilden kann. Wir dürfen die Kleinbürger nicht zu Athem kommen lassen, wir müssen durch der Kleinbürger eigene Mittel die revolutionäre Wuth auf die Spitze treiben, dann gelingt es uns vielleicht, für kurze Zeit die Diktatur unserer Partei durchzusetzen. (Hört! hört!) Aber wie das machen ohne gemeinsamen Plan, ohne oberste Leitung, ohne einen gemeinsamen Willen der Führer. Das sagte ich mir schon seit einem Jahre. Vergebens suchte ich wie mit einer Blendlaterne, ich fand von dem so abgelegenen Göttingen aus, von wo ich nicht fort konnte, nichts. Schon sah ich mich auf ewig auf mich allein angewiesen und begann mit meinen nächsten Freunden einen Bund zu gründen, dessen letzter Zweck der Kommunismus, dessen erster Grundsatz: Der Zweck heiligt die Mittel (Hört! hört! und Bewegung) und dessen erstes Gesetz unbedingter Gehorsam war, zu stiften, als ich von London aus (Sie werden meine Ausdrucksweise unter den jetzigen Umständen verstehen) die ersten Genossen fand. Ich bitte Sie jetzt, mir durch P. Statuten und Gesetze resp. Befehle zu schicken, er kennt die richtige Adresse. Die Polizei hat in diesem Augenblick ein sehr wachsameres Auge auf mich (Stürmische Heiterkeit), ich nehme jedoch die Charge als Vorstand nur an, wenn ich wieder nach G. . . zurückkehren kann. Sollte das mir nicht möglich sein (was sehr unwahrscheinlich ist), so werde ich für meine Person natürlich derselbe bleiben, und über die Beauftragung eines anderen an Sie berichten. Wenn Sie vielleicht nicht glauben, mich tiefer in die Lage der Sache einweihen zu können, so stellen Sie mich ganz abgeordnet unter Ihre Leitung ohne Zusammenhang mit dem Ganzen. Ueber den Plan, welchen ich entworfen für meine Thätigkeit in G. als Webel: Hier steht

ein Geheimezeichen im Briefe, das soviel als Bevollmächtigter bedeutet, (Heiterkeit), dann erst, wenn ich von London aus genauere Befehle und Aufträge bekommen werde.“

So weit der Brief. Es folgt noch eine mehr persönliche Schilderung P.'s, dem die zähe, cholertische Energie fehle, deren ein heutiger Revolutionär so sehr bedürfe, eine Schilderung, die ich übergehe. Der Brief schließt: „Gruß und Handschlag Ihr Miquel.“ (Erneute Heiterkeit.)

Ich habe hier zwar auch die anderen drei Briefe, will sie aber nicht vorlesen. (Rufe: Verlesen! Verlesen!) Parteigenossen! Es giebt andere Zeiten und Gelegenheiten, wo sie veröffentlicht werden können. (Zustimmung.)

Was ich vorgetragen habe, genügt auch, weil es beweist, wie einstmal diese Männer dachten und wie sie heute denken und handeln. Gerade mit Rücksicht auf diesen Typus der Umwandlungsfähigkeit und in Anbetracht des großen Einflusses in hoher Stellung, den Herr Miquel heute besitzt und zum Schaden derselben Klasse anwendet, für die er einstmal's Alles daran setzen wollte, habe ich mich für verpflichtet gehalten, seinen Brief vorzutragen. Auch viel später noch dachte Herr Miquel anders als heute. Als 1862—66 der Liberalismus im schwersten Kampfe mit Bismarck lag; zu jener Zeit, in der die Aufregung so groß war, daß es hochgestellte Leute gab, die des Glaubens waren, bei dem Denkmal Friedrichs des Großen werde eine Guillotine errichtet; in jener Zeit, in der selbst Bismarck, seinem eigenen Geständniß zufolge fürchtete, es käme zur Revolution und er werde das Schicksal Stafford's theilen — der bekanntlich als volksfeindlicher Minister Karls I. von England 1641 hingerichtet wurde —, da wurden mehr als einmal aus dem Munde der Herren der Opposition Aeusßerungen laut, die zu rechtfertigen schienen, was die Andern fürchteten. So wurde 1863 auf der Generalversammlung des Nationalvereins, an der Herr Miquel theilnahm, ein Wort von ihm kolportirt, das dahin lautete: Die Herren in Berlin mögen sich in Acht nehmen und den Bogen nicht zu straff spannen, sonst schicken wir ihnen eines Tages die Arbeiter auf den Hals und dann könnten sie leicht das Schicksal der Bourbonen theilen! (Hört! hört! Bewegung.) So sprach man damals.

Charakteristisch und zu Gunsten des allgemeinen Wahlrechts ist dagegen eine Aeusßerung, die anlässlich der großartigen Wahlrechtsagitation und der damit verbundenen Demonstrationen unserer belgischen Genossen der General Brialmont gegenüber einem Berichterstatter der „Frankfurter Zeitung“ in einem Interview machte. General Brialmont ist bekanntlich eine große Autorität auf dem Gebiete der Befestigungskunst. Befragt um seine Ansicht über das allgemeine Stimmrecht sagte er, er stehe auf dem Boden desselben,

K

— ein preussischer General würde schwerlich ähnliches sagen. (Sehr wahr!) — Er habe die Meinung, daß, wenn Belgien verteidigungsfähig sein soll in einem europäischen Krieg, dies nur möglich sei, wenn die allgemeine Wehrpflicht bestände, und wenn alle Belgier Gut und Blut für ihr Land opfern sollten, so sei es auch nicht mehr wie recht und billig, sie an allen staatsbürgerlichen Rechten theilnehmen zu lassen. (Hört!) General Brialmont sprach sich also für unsere Forderung aus: Daß vom 20. Jahre ab das Wahlrecht an alle Männer gewährt werde. Wir verlangen es auch für die Frauen, die, wenn sie auch nicht selbst Soldaten werden können, es sind, die künftige Soldaten zu gebären und zu erziehen haben, also für die Vertheidigung des Landes mindestens dasselbe leisten, wie die Männer. (Sehr wahr!) Dieser unser Standpunkt muß streng festgehalten werden, namentlich heute, wo fortgesetzt das stehende Heer vergrößert wird und die Wehrpflicht fast allgemein geworden ist. In Preußen besteht seit mehr als 80 Jahren die allgemeine Wehrpflicht gesetzlich. Das Vorgehen Preußens und später Deutschlands wurde das nachahmenswerthe Beispiel für fast ganz Europa. Wir haben also jetzt erst recht die Pflicht, zu verlangen, daß jedem Proletarier das allgemeine Stimmrecht zu den Landtagen wie in den Gemeinden zu Theil werde. Interessant ist auch, was General Brialmont in Bezug auf die belgische Bourgeoisie sagt: „Der Bourgeois will bei uns nicht einsehen, daß dem Arbeiter das allgemeine Stimmrecht gebührt“ — Sie wissen, bei uns will er es auch nicht einsehen — er hat Angst, durch das allgemeine Stimmrecht seine Macht zu verlieren.“ Ganz wie bei uns.

Wir scheint, daß nach dem Angeführten gegenwärtig der geeignetste Moment eingetreten ist, in dem durch eine allgemeine und energische Agitation eine Umwandlung des bestehenden Wahlrechts zu Gunsten der rechtlosen Massen herbeigeführt werden kann. Innerhalb der besitzenden Klassen ist freilich sehr wenig Sympathie dafür vorhanden. Allerdings haben die Freisinnigen im letzten Landtag einen solchen Antrag eingebracht, aber man weiß ja, warum. Es geschah nur widerwillig, und dann sind die Herren jetzt eine so kleine Minorität, daß es ihnen nicht schaden kann, das zu beantragen. Früher haben sie gegen das allgemeine Stimmrecht geeifert, später haben sie es nur lahm vertheidigt. Das Centrum hat nicht einmal einen solchen Antrag im letzten Landtag gestellt. Die Frage bietet überhaupt ausgezeichnetes Agitationsmaterial gegen das Centrum. Im bayerischen Landtag, in dem das Centrum die Majorität besitzt, hat es mit allen gegen 3 Stimmen aus seiner Mitte einen Antrag unserer Freunde auf Einführung des allgemeinen, gleichen, direkten Wahlrechts abgelehnt und damit bewiesen, wie es sein Programm „Gerechtigkeit für Alle“ auffaßt. In Baden ist es

K

ähnlich hergegangen. Liberale wie Zentrumsleute sehnen sich auch in Preußen nicht nach dem „allgemeinen, gleichen und geheimen Wahlrecht“. Eine Abänderung hat freilich das Zentrum voriges Jahr im preussischen Landtage vorgeschlagen, nämlich es solle eine Grenze für die anzurechnenden Steuerbeträge bei 2000 Mark Steuer gezogen werden, um dadurch das Wahlrecht der reichsten Leute zu beschneiden. Diesen Reichsten wollte das Zentrum eine Grenze für ihr Wahlrecht ziehen, weil diese reichen Leuten in der Regel nationalliberal oder freikonservativ sind. Durch eine solche Grenze hätte sich das Zentrum in einer Reihe Gemeinden in den westlichen Provinzen die Herrschaft gesichert. Das war sein Zweck. Eine ernsthafte Reform wollte also das Zentrum nicht. Es hat zwar, wenn ich nicht irre, 1877 in der Kulturkampfszeit einen Antrag zu Gunsten des allgemeinen Wahlrechts gestellt, aber seitdem nicht wieder. Und in Bayern, wo es mit unsern Abgeordneten zusammen dafür eine Majorität hätte schaffen können, hat es dagegen gestimmt. Das sagt genug.

Andererseits sind im Laufe dieses Jahres zwei Ereignisse eingetreten, die in hohem Grade dazu beitragen müssen, unsere Stellung zu verbessern. Für mich ist zweifellos, daß das Zugeständniß, das im Frühjahr unsere belgischen Genossen durch eine außerordentlich energische Agitation, unterstützt durch entsprechende Demonstrationen, einem durch und durch ultramontanen Ministerium abgetrotzt haben, auch auf Deutschlands innere politische Situation einwirken muß. Haben doch unsere belgischen Genossen durchgesetzt, daß die Forderung des allgemeinen Stimmrechts bei ihnen nahezu ganz erfüllt wurde. Unmöglich kann die preussische Bourgeoisie und die preussische Regierung sich der Einsicht verschließen, daß es auch in Preußen nicht länger so bleiben kann wie bisher. Und nun das zweite große Ereigniß in Oesterreich! Unsere österreichischen Genossen haben in festgeschlossener, zielbewusster, rücksichtsloser Agitation, die sie erst seit 4 Monaten unter den allerchwierigsten Verhältnissen in Scene setzten, ein überraschendes Resultat erreicht. Unter dem Drucke ihrer unermüdblichen Agitation war das Ministerium Noaffe genöthigt, eine Wahlreformvorlage an den Reichsrath zu bringen, die in wesentlichen Theilen den Wünschen und dem Streben der Arbeiter entsprach. Eine solche unausgesetzte, fortdauernde, immer in derselben Richtung gehörende Agitation ist, abgesehen von den Wahlagitationen, selbst bei uns bis heute noch nicht in Scene gesetzt worden, selbst da nicht, wo wir, wie gegen die Getreidezölle, en masse demonstriert haben. Unsere österreichischen Genossen haben unausgesetzt Tag für Tag mit Versammlungen agitirt. Man hat in Oesterreich auch nicht verlangt, daß gerade Reichsrathsabgeordnete dabei reden sollten; sie haben vielleicht zum Glück auch noch keine; aber es ging auch so. (Heiterkeit.) Mit diesem Verlangen in unserer Partei,

daß der Redner ein Reichstagsabgeordneter sein soll, möchte ich mich noch kurz beschäftigen. Vorher, so scheint es, ist ein Parteigenosse, und sei er noch so vortrefflich, nichts werth; macht aber der Zufall einen zum Abgeordneten, und sei er auch weniger werth als ein anderer, dann ist er plötzlich ein anderer Mensch geworden, er ist jetzt mit einem Heiligenschein versehen, der eine größere Anziehungskraft übt, als alle sonstigen Eigenschaften. (Heiterkeit.) Dieser Unfug muß aufhören. Die Abgeordneten sollen ihre volle Schuldigkeit thun, aber man beachte doch auch, daß sie Stellungen haben und meist für ihre Griftenz kämpfen müssen, und daß andere es genau so gut machen können. Setzen wir nun eine allgemeine Agitation zu Gunsten des allgemeinen Stimmrechts in Preußen und in ganz Deutschland in Scene, dann wird gewissen Wünschen in der angeedeuteten Richtung ein Zügel angelegt werden, denn die Abgeordneten können nicht überall sein. Hier kann nun unsere Presse ungemein viel thun, nicht allein durch aufklärende Leitartikel und Lieferung des Materials zur Agitation, sondern auch dadurch, daß sie es sich zur Aufgabe macht, sobald die Agitation begonnen hat, fortgesetzt Tag für Tag über alle Erscheinungen in der Agitation zu berichten und das Feuer zu schüren, das entzündet worden ist. Setzen wir eine solche Agitation in Scene, bei der wir selbstverständlich voll und ganz für unsere Programmforderungen eintreten, dann ist damit auch den Frauen Gelegenheit gegeben, sich an dieser Agitation zu betheiligen. Wer die Berichte von den österreichischen Versammlungen gelesen hat, wird wissen, daß dort Genossinnen Neben gehalten haben, wie sie besser von keinem Manne gehalten worden sind. (Zuruf einer Delegirten: Sehr richtig!) Parteigenossen! Ich schlage Ihnen deshalb nicht nur eine Resolution für das Wahlrecht vor, sondern noch eine zweite, in der wir unseren belgischen und österreichischen Genossen unseren vollen Dank und unsere Anerkennung für die musterartige Agitation aussprechen, welche sie durchgeführt haben. Treten Sie einmüthig den beiden Resolutionen bei! (Beifälliger Beifall.)

Jacobey beantragt, in Resolution 1 die Worte „nach dem eigenen Ausdruck Bismarck's“ zu streichen. Franke-Deffau will in Resolution 1 am Schluß hinter „Landtage“ einschalten: „und Gemeindevvertretungen“. Liebknecht beantragt die Streichung der Worte „wie diese insbesondere die Genossen Oesterreichs zu überwinden hatten“ in Resolution 2.

Stolten bringt einen Antrag ein, die Fraktion zu beauftragen, die Agitation für das allgemeine Wahlrecht durch Einbringung eines entsprechenden Antrages zu unterstützen, daß von Reichswegen den Einzelstaaten die Verpflichtung zur Einführung des genannten Wahlrechts auferlegt werde.

Wilz-Rankow vertritt den Antrag von Nieder-Barnim.

Ged erklärt die Anträge 69 und 70 in der vorliegenden Fassung für nicht annehmbar. Man solle sich damit begnügen, mit gegnerischen Parteien bei Wahlen keine Kompromisse abzuschließen.

Liebknecht: Die Belgier sind nicht in einer günstigeren Lage bei ihrer Agitation gewesen, sie haben unter Willkür und Gewaltthätigkeit der Behörden, unter der Knebelung des Vereins- und Versammlungsrechts schwer zu leiden gehabt. In Oesterreich ist das Wahlrecht auch nicht durch die Volksversammlungen erreicht worden, die Regierung mußte das Wahlrecht aus demselben Grunde geben, wie Bismarck es seinerzeit gab: weil sie mit der Bourgeoisie nicht fertig werden kann. Laffalle hat nicht, wie die Legende es erzählt, Bismarck gezwungen, das allgemeine Wahlrecht einzuführen. Auch in Oesterreich ist es ein kleiner Staatsfrevler; das ändert aber nichts an der Thatsache, daß die österreichischen Genossen tapfer ihre Schuldigkeit gethan und sich um die Partei verdient gemacht haben. Allein es wäre ungerecht, wollten wir den Oesterreichern die Nummer 1, den Belgiern Nummer 2 geben.

Zur Kompromißfrage bemerke ich nur: Kompromisse sind Ver Rath, die ein Prinzip opfern. Zu verwerfen ist jeder Pakt mit einer anderen Partei, der unsere Genossen förmlich demoralisiren würde, wie das bei einer Betheiligung unserer Partei an die Dreiklassenwahlen zum preussischen Landtag unvermeidlich wäre. Anders liegt die Sache, wenn die Genossen in Stichwahlen bei der Wahl zwischen zwei Uebeln mit richtigem Instinkt lieber für den Fortschrittler als für den Nationalliberalen, lieber für Stödel als für Krupp stimmen; dann haben sie vollkommen recht, sie stimmen dann nicht für die Person des Richter oder Stöbel, sie stimmen für das kleinere Uebel im Parteiinteresse. Die Partei wird in dieser Frage sicherlich bei der alten Taktik bleiben.

Stolten-Hamburg steht auf dem Boden der Resolution Bebel, verlangt aber die Unterstützung der Fraktion für die Agitation durch den vorgeschlagenen Antrag. Wenn man das Recht habe, von Reichswegen die Einführung einer Verfassung in Mecklenburg zu beschließen, so könne man auch darüber beschließen, wie diese Verfassung beschaffen sein soll. Die plutokratische Klique in Hamburg werde freiwillig den Arbeitern keine Zugeständnisse machen und in der Hamburger Vertretung sitze kein Arbeiter; es werde eines sehr starken Druckes von außen her bedürfen, der aber auch Erfolg haben würde, wie die Durchsetzung der Verbesserung der Bauordnung bewiesen habe.

Hierauf wird die Debatte geschlossen.

Es läuft ein Antrag ein, das Referat Bebel's als Broschüre drucken zu lassen.

Im Schlußwort bemerkt

K

Referent Bebel: Ich bitte, diesen Antrag abzulehnen, weil das Referat nicht erschöpfend war und viel Material gar nicht darin verworther werden konnte. Allerdings muß möglichst rasch hierüber eine Broschüre geschrieben werden. Wenn kein anderer Genosse, der mehr Zeit hat als ich, es thut, würde ich es selbst übernehmen. Ich füge meinem Vortrag noch eine Ergänzung hinzu. Die Anregung in der „Neuen Zeit“, uns unter allen Umständen an den Landtagswahlen zu betheiligen, hat zur Folge gehabt, daß in Breslau anscheinend anonym ein Flugblatt erschien und vertheilt wurde, worin unsere Genossen aufgefordert wurden, mit den Feindsinnigen gemeinsame Sache zu machen. Das hat große Aufregung unter den Genossen hervorgerufen und in einer Versammlung haben sie sich dagegen ausgesprochen. (Hört!) Gegen den Antrag Stolten habe ich nichts einzuwenden. Den Antrag betreffend die Ausdehnung auf die Gemeinbewahlen bitte ich abzulehnen. Prinzipiell ist er berechtigt, aber wir können damit die Agitation nicht überlasten, wir würden sie nur unwirksamer machen.

Was den Antrag Liebknecht betrifft, so lasse ich, nachdem er die Sache — wie geschehen — erörtert hat, es auf die Abstimmungsprobe nicht ankommen, sondern ziehe den beanstandeten Satz zurück. Wenn aber Liebknecht behauptet, die Schwierigkeiten seien in beiden Ländern dieselben gewesen, dann wird er bei Allen, welche die österreichische und die belgische Gesetzgebung, Verwaltungspraxis und Polizei kennen, Unrecht bekommen. Die Belgier haben eine uneingeschränkte Versammlungsfreiheit, eine fast absolute Pressfreiheit; bekommen sie Prozesse, dann sind es meist solche wegen Beschimpfung des Königs und dann giebt es dafür höchstens soviel Monate wie in Oesterreich Jahre. Nur einigemal hat bei den Riesensammlungen unter freiem Himmel in Belgien die Polizei eingegriffen. Wie es aber in Oesterreich unter den reaktionärsten Press- und Vereinsgesetzen hergegangen ist, wissen alle, die den Vorgängen dort ihre Aufmerksamkeit widmeten. Darum hatte ich den Passus aufgenommen. Gewiß wäre es unrecht, zu behaupten, daß das allgemeine Wahlrecht seiner Zeit in Deutschland wie jetzt die Wahlreform in Oesterreich ausschließlich der Wirkung der Agitation dafür zu danken sei, thatsächlich hat aber doch damals besonders der Allgemeine Deutsche Arbeiterverein durch seine Agitation dazu beigetragen, und auch die sogenannten Schulze-Dehlf'schen Vereine hatten sich schon 1865 dafür ausgesprochen. Zweifellos haben diese Umstände bei der Wendung von 1867 ein wenig mitgewirkt. Andererseits steht aber fest, daß ohne das allgemeine Wahlrecht eine gemeinsame Vertretung der Staaten des Norddeutschen Bundes gar nicht geschaffen werden konnte, das hat Bismarck selbst zugegeben, er war dadurch gezwungen, es zu geben.

K

Wenn Sie die Worte in der Resolution „nach dem eigenen Ausdruck Bismarck's“ streichen wollen, müssen Sie auch die Worte „das elendeste aller Wahlsysteme“ streichen (sehr richtig), beides gehört untrennbar zusammen. Es ist kein Kompliment für Bismarck, daß ich mich auf sein Wort beziehe, sondern das Zeugnis seiner eigenen Worte soll gegen das von ihm mitgeschaffene System ins Feld geführt werden. Im weiteren steht für mich fest, daß unvergleichlich großartiger als vor 1867 bei uns, 1893 die Agitation unserer Genossen in Belgien und Oesterreich zu Gunsten des allgemeinen Stimmrechts gewesen, die in Belgien den Klerikalen und in Oesterreich dem Grafen Taaffe die gemachten Konzessionen abzwangen. Wir müssen aus der moralischen Wirkung dieser Vorgänge auch für uns profitieren. Selbst das „Leipziger Tageblatt“, ja sogar die „Kreuzzeitung“ hat zugestanden, daß nunmehr für Oesterreich das allgemeine Wahlrecht nur noch eine Frage der Zeit sei und die Arbeiter dieses erkämpften. Dieses Verdienst unserer Genossen wollen wir anerkennen.

Liebstecht konstatirt in persönlicher Bemerkung, daß die Zahl Derer, die in Belgien verblutet seien, auf Hunderte, die der Eingekerkerten auf Hunderte sich belaufe, daß man dort bis zur Revolution habe gehen wollen. (Webel: Das ist keine persönliche Bemerkung, sonst rede ich auch noch einmal! Stürmische Heiterkeit.)

In der Abstimmung wird die Resolution 1 unverändert, die Resolution 2 unter Weglassung des auf die Oesterreicher speziell bezüglichen Satzes einstimmig angenommen, ebenso der Antrag Stolten.

Zu einer kurzen Erklärung erhält das Wort

Reumann: Den Oesterreichern ist es angenehm, wenn diese Hervorhebung beseitigt wird. Es ist gewiß richtig, daß die politische Situation dazu beigetragen hat, daß diese Vorlage kam, aber es ist ebenso richtig, daß sich die herrschenden Klassen der Einsicht nicht mehr verschließen konnten, daß die Ausdehnung des Wahlrechts unbedingt Platz greifen müsse. Und gerade die große Agitation in den letzten drei Monaten, innerhalb derer im ganzen Reiche ungefähr 500 Versammlungen und Massendemonstrationen stattfanden, hat den Anstoß gegeben, daß in einer Zeit gedrückter Lage die Vorlage eingebracht und mit einem Schlage die ganze politische Situation geändert wurde. So besonders gemüthlich lagen die Verhältnisse auch in Oesterreich keineswegs; bei den Versammlungen in Brünn und Prag ist in der That Blut geflossen. Auch die Agitation ist nicht ganz glatt verlaufen. Die österreichischen Genossen waren entschlossen, Alles daranzusetzen, um die Ausdehnung ihrer politischen Rechte zu erreichen, und der Erkenntniß dessen hat sich auch Graf Taaffe nicht verschließen können. Nicht unserer Agitation allein ist der Erfolg zu danken, aber unsere Macht hat die Re-

gierung gezwungen, Stellung zu nehmen. Die Wahlrechtsbewegung datirt seit 1868, aber nur in den letzten Monaten wurde sie intensiv durchgeführt. Wir vermeinten nicht sofort eine Aenderung der Wahlordnung durchzusetzen, aber wir glaubten, die Frage der Wahlreform auf die Tagesordnung des Abgeordnetenhauses zu bringen; wir wollten die politischen Parteien zwingen, sich damit zu beschäftigen — und das ist geschehen, und daß das fortgesetzt werden wird bis zur Erringung des allgemeinen Wahlrechts, das kann ich Sie gleichfalls versichern. Einen sehr günstigen Eindruck wird es machen, daß Sie heute beschlossen haben, für Preußen ebenfalls das allgemeine Wahlrecht zum Gegenstande der Agitation zu machen. Ihr Beschluß wird dazu dienen, daß auch in Oesterreich mit ungeschwächter Kraft in der Wahlrechtsbewegung fortgearbeitet werden wird. (Beifall.)

Vom Antrag 69 wird der erste Theil (Stimmenthaltung bei Stichwahlen) abgelehnt, der zweite Theil mit der Aenderung, daß gesagt wird, „bei Reichstags-, Landtags- und Gemeinderathswahlen keinerlei Kompromiß mit bürgerlichen Parteien einzugehen“, angenommen. Damit ist Antrag 70 erledigt.

Damit ist das dem Parteitage vorliegende Material vollständig aufgearbeitet.

Das Ergebnis der Wahl der Parteileitung wird verkündet. Abgegeben sind 184 Stimmzettel. Gewählt sind: zu Vorsitzenden Webel und Singer mit je 183 Stimmen; zum Kassierer Gerisch mit sämmtlichen 184 Stimmen; zu Schriftführern Auer mit 170, Fischer mit 158 Stimmen; daneben fielen auf Stadthagen 16, R. Schmidt 2, Legien 2 Stimmen.

Stimmen als Kontrolleure haben erhalten: Meister 156, Klee 136, Herbert 98, Dertel 96, Raden 95, Meist 94, Roenen 69, Zell 76, Dubber 67, Zubeil 66, die weiteren Stimmen sind zersplittert. Gewählt sind Meister, Klee, Herbert, Dertel, Raden, Meist, Roenen.

Der neugewählte Vorstand wird sofort nach dem Schlusse des Parteitages zur Konstituierung zusammentreten.

Schumacher-Soltingen fordert im Namen vieler Gesinnungsgenossen in letzter Stunde den Parteitag auf, einen Akt der Pietät zu erfüllen. Es sei neben Marx und Engels nicht des Mannes gedacht worden, der in Köln fast allein durch seine außerordentliche Beredsamkeit die Massen in Bewegung setzte, der Präsident des sozialdemokratischen Arbeitervereins in Köln, Dr. med. Gottschall, der später als Opfer seines Berufes an der Cholera gefallen ist. Dieser Mann habe schon 1848 fast ein vollständiges sozialdemokratisches Programm aufgestellt; er wurde eingekerkert, Ende 1848 aber glänzend freigesprochen. Redner ersucht den Parteitag, einen Kranz auf das Grab dieses Mannes legen zu lassen.